

10. Schlachtflottenbau, Innenpolitik, Außenpolitik, 1897-1912.

0. Übersicht:

Schlachtflottenbau 1897-1912

Innenpolitik 1897-1912

Außenpolitik 1897-1911

1. Der Schlachtflottenbau 1897-1912

Bis 1897 "Neue Ära" unter WII alles andere als erfolgreich:

- Bismarcks Entlassung wurde WII v.a. von "nationalen Kreisen" übel genommen. Bismarck hetzt aus Friedrichsruh. WII zu öffentlichen Versöhnungsgesten gezwungen, ohne substantielle Einigung zu erreichen.

- Caprivi mit industriefreundlicher Reformpolitik gescheitert. Der alte Hohenlohe ein schwacher Kanzler. WII unfähig, Vakuum zu füllen.

- Stattdessen breitet sich polykratisches Chaos in Regierung aus. Staatssekretäre, Ministerien, Departements, zivile und milit. Behörden bekämpfen sich gegenseitig. Bei Hofe herrscht Intrigenspiel des Byzantinertums. Kurz: persönliche Machtkämpfe statt zielgerichteter Politik.

- RT zunehmend schwieriger Partner. HV-93 nur mit äusserster Mühe angenommen. Alle anti-sozialdemokratischen Gesetzesvorhaben (Umsturzvorlage) scheitern. Keine Partei mehr voll auf Regierungslinie:

- Deutsch Kons: Stürzen Caprivi, werden agrarische Interessenpartei, bekämpfen Industrialisierung (Mittellandkanal)

- Freikons: Haben Heros Bismarck verloren. Zunehmend agrarisch orientiert (Wilhelm v. Kardorff). Ansonsten für schwerindustriellen Protektionismus. Für Ausnahmegesetze gegen Sozis.

- NLP: Zwar für Heeresrüstung, aber auch für Reformen (2jährige Dienstzeit). Innerlich zerrissen zwischen schwer- und leichtindustriellem Flügel, sowie Agrarfraktion (Bauern). Gegen Ausnahmegesetze, gegen Katholizismus, Probleme mit Kons, scharf gegen Sozis.

-- Zentrum: Gespalten zwischen agrarisch-bürgerlichem Flügel und kleinbürgerlichem Flügel. Armeefeindlich, modernisierungskritisch, gruppenegoistisch orientiert.

-- Linkslib: In Gruppen und Grüppchen zerfallen. Prinzipiell für Handelkapitalismus, gegen Solidarprotektionismus, modernisierungsfreudig. Gegen Ausnahme Gesetze, gegen Kons, Z, NLP und Sozis.

-- Sozis: Werden nach Fall des Sozgesetzes stärker. Gebärden sich revolutionär, sind aber im Grunde nur radikale Reformpartei. Innere Fraktionskämpfe nehmen zu (Revisionismusstreit). Gewerkschaften entwickeln verbandsorientiertes Eigenleben.

RT generell zerstritten, keine stabilen Mehrheiten. Grund: Parteien tragen keine Verantwortung, können sich so auf Klientelpolitik und Prinzipienreiterei konzentrieren. Regierung auf Ad-hoc-Bündnisse angewiesen, da keine parlamentarische Basis. Zunehmende Massenbeteiligung an Politik (Wahlbeteiligung, Pressezirkulation), Bildung von Interessenorganisationen und Agitationsvereinen erhöhen Druck auf RL. Politik wird populistisch, Honoratiorenpolitik neigt sich Ende zu.

Seit 1890 Gründung rechtsradikaler Agitationsvereine: Kolonialgesellschaft, ADV, usw. Gemeinsames Kredo: Durchgreifen nach innen, Vormachtstellung für Bürgertum, v.a. aggressive Aussenpolitik, neue Kolonien. Da RL von Rechter abhängig (keine Zusammenarbeit mit Sozis, kaum mit Linkslib), erhalten Agitationsvereine überproportionalen Einfluss. Regierung gerät durch "Patrioten" unter Druck, sich für angeblich schwächliche (Aussen-) Politik rechtfertigen zu müssen. Negative Vergleiche mit Bismarck-Legende werden gezogen.

Tatsächlich aussenpolit. Stagnation:

-- russ.-franz. Bündnis wird zur Gewissheit (1894). Zweifrontenbedrohung komplett.

-- Dreibund mit Ö-U und It. schwacher Ausgleich, da Partner unzuverlässig und kraftlos.

-- Beziehungen zu GB ungeklärt. Allerdings tritt GB als Bremser für dten Imp. auf (Ostafrika, Walfisbay etc).

-- Keinerlei Erfolge bei weiterem Kolonialerwerb. Stattdessen Krisen und Aufstände in dten Kolonien, Desinteresse der Wirtschaft.

Wirtschaftl. Boom seit 1895. Doch Vertrauen in Dauerhaftigkeit noch gering.

Es musste also dringend etwas geschehen, um allg. Stagnation zu überwinden.

6. Juni 1897: Wlll ernennt zwei neue Staatssekretäre.

- Bernhard v. Bülow, Wllls langjähriger Kumpan, eine gewandter Höfling und erfolgreicher Intrigant, wird SS des AA.
- Alfred Tirpitz (bald "von"), willensstarker, durchtriebener, egomanischer Marineoffz wird SS des RMA.

Mit diesen Ernennungen sollte eine neue Politik eingeleitet werden: lautstark tönender Imp., auftrumpfende Aussenpol., kraftvolle Kolonialpolitik, abgesichert durch intensive Flottenrüstung.

Ankündigung Wlll: "Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser" - DR soll Weltmacht spielen.

Hintergrund für den Flottenbau: Entwicklung der Flottenrüstung im internationalen Bereich.

Rückblick: 9. März 1862, Amerikanischer Bürgerkrieg: Die beiden Panzerschiffe CSS Virginia und USS Monitor liefern sich zweistündige Seeschlacht. Am Vortag hatte Virginia zwei US-Linienschiffe versenkt. Seeschlacht am 9. März endet unentschieden. Aber alle hölzernen Flotten der Welt waren auf einmal hoffnungslos veraltet. Folge: Seit 1860er Jahre internationales Flottenwetttrüsten mit Panzerschiffen. Wettlauf Kanone-Panzerplatte. Uneinheitliche Schiffstypen, uneinheitliche Bewaffnung, außerdem Torpedos und leichte Torpedoboote. Übergangsphase 70er-80er Jahre: Wandel der Flottendoktrinen. GB gerät unter Druck, da auch USA, F, Ö-U, It, R und sogar Japan Panzerflotten bauen. 1890er Jahre: Festes Design für Panzerschiffe bildet sich heraus (Kuppeltürme für Geschütze, Stahlrümpfe und stählerne Aufbauten, Kohlefeuerung, Schiffsschrauben). Mehrere Klassen von Panzerschiffen: leichte Kreuzer, Panzerkreuzer, langsame schwer bewaffnete Linienschiffe. Taktik für Seeschlachten: Linie und Distanzschessen (keine Rammstöße mehr). Karten neu gemischt, neues Wetttrüsten beginnt. Neue Seemächte drohen Vorsprung der Royal Navy aufzuholen.

Die Flotte traditionell klein, schwach, vernachlässigt. Priorität in Preussen immer für Heer. Aufgabe der Flotte allein Küstenschutz. Die Marineoffize in GB ausgebildet. Unter ihnen war auch Tirpitz, der herablassende Behandlung durch brit. Marineoffize nie vergass und nie verzieh.

Andererseits Flotte Lieblingskind der Libs. und auch für Zentrum akzeptabel. 1848 hatte Frankfurter Parlament Gründung einer Reichsflotte betrieben. Flotte galt im Unterschied zum Heer nicht als Hort des Milit. Für Einsatz nach innen ungeeignet. Offizierkorps vornehmlich bürgerlich. Flotte als Inbegriff der Modernität: gebaut von Schwerindustrie, neueste technische Errungenschaften, Musterbeispiel für modernes Effizienzdenken, Sinnbild des neuen industriellen Aufschwungs. Technikfreak Wilh. deshalb von Flotte begeistert, aber eben auch viele Libs.

Laut Verfassung (Artikel 53) war Flotte Reichssache. Keine Kontingente wie bei Armee, Finanzierung aus Reichsmitteln. Auch das machte Flotte bei Libs populär. Allerdings Kaiser als Oberbefehlshaber (Kommandogewalt). Rekrutierung der Mannschaften durch allg. Wehrpflicht.

V.a. aber Flotte als Symbol des dten Grossmachtanspruchs auch in Übersee (Kolonialpolitik). Die neue Grossmacht betrachtete sich eben nicht als saturiert. Flotte sollte Ansprüche durchsetzen helfen. Flottenbau auch innenpolitisch als Integrationsinstrument für neue Rechte geeignet, hatte doch ADV seit Gründung Verstärkung der Flotte gefordert.

Ausbau der Flotte somit angezeigt. Aber Frage: welche Art von Flotte? Logisch wäre Ausbau einer Kreuzerflotte gewesen, um dte Kolonien und Schifffahrtsinteressen in Übersee zu schützen. Marinechefs Caprivi und Stosch arbeiteten in diese Richtung. Doch Tirpitz legte neue Vorstellungen vor: Schlachtflottenbau (Tirpitzplan). Dte Linienschiffe für Entscheidungsschlacht in Nordsee, statt Kreuzerkrieg in Übersee. Schlachtflotte als Machtsymbol zudem viel brauchbarer als Torpedoboote oder später U-Boote.

Hauptgegner: GB. Annahme Tirpitz': GB weltweit engagiert. Durch viele Flotten herausgefordert, kann Royal Navy nicht vollständig in Nordsee konzentrieren. Dter Flottenbau hat somit eine Chance, zumal DR über grosses Industriepotential verfügt. Ziel: 2:3 gegen Royal Navy, dadurch Abschreckung, ja Erpressung in Kolonialpolitik möglich. Ausserdem kann brit. Wohlverhalten bei Kontinentalkrieg erzwungen werden. Schlachtflottenbau bedeutet allerdings mittelfristig Konfrontationskurs mit GB. - Angesichts der Bedrohung durch F und R war diese Strategie nichts als aussenpolit. Abenteuerum.

Langfristiges Bauprogramm nötig, um einerseits stetigen Ausbau zu garantieren und System in Flottenbau zu bringen. Andererseits brauchte Industrie eine Abnahmegarantie für Schiffe, Panzerplatten und Kanonen. V.a. Krupp lieferte dies aus Stahlfabriken und neuen Werften an der Küste. Enorme Investitionen, zu denen er von Wilh. und Tirpitz erst überredet werden

musste. Diese Investitionen konnten nur durch langfristige Abnahmegarantien amortisiert werden.

Daher Flottengesetze 1898, 1900 mit Laufzeit bis 1920 zum Bau von 45 Linienschiffen. RT-Mehrheit stimmte jeweils zu.

Aufrechterhaltung eines stetigen Bauprogramms blieb bis 1914 Kernproblem der Flottenrüstung. In mehreren Flottennovellen (zuletzt 1912) ging es im wesentlichen darum: 3-4 Linienschiffe pro Jahr.

Dies schuf gewaltige Finanzierungsprobleme. Von 1901 bis 1911 steigt Marinebudget von 207.8 Mill M auf 451.9 Mill M. Anteil am Reichsetat steigt von 17,9% auf 26,5%.

Anteilssteigerung musste irgendwo herkommen. Im Febr. 1900 nach Druck durch RSA-SS Max Freiherr v. Thielmann fällt durch WII Entscheidung, dass Flottenbau Priorität vor Heeresrüstung erhält. Demgemäß sank Heeresanteil am Budget von 58,3% (1901) auf 48,3% 1911. Dies erklärt zum wesentlichen Teil jahrelange Stagnation bei Heeresrüstung. RMA somit sehr erfolgreich. Tirpitz galt zeitweise als aussichtsreicher Kandidat für Kanzlerschaft.

Dennoch scheiterte Tirpitzplan an Realitäten. GB liess sich nicht niederrüsten und hielt bis 1906 durch eigenes Bauprogramm dagegen. Dann erfolgte der Bruch.

Februar 1906: HMS Dreadnought fertiggestellt. Erstes modernes Grosskampfschiff mit schwerer Bewaffnung, starker Panzerung, hoher Geschwindigkeit. Vorläufer des modernen Schlachtschiffs war geboren und machte traditionelle Linienschiffe obsolet.

Nun begann neues Wettrüsten auf höherer Ebene. Bis 1914 ziehen andere Nationen nach. Grösstes Dreadnought: Viribus Unites (Ö-U), auf dem Franz Ferdinand im Juni 1914 schicksalhafte Reise nach Sarajewo antrat.

Durch Bau von teuren und schweren Grosskampfschiffen wurde Tirpitzplan hinfällig. Da GB weiterbaute und Kosten für Dreadnoughts zu hoch waren, senkte Tirpitz Baurhythmus 1908 auf zwei grosse Schiffe pro Jahr. Stetigkeit damit zerstört, Krupp verlor Interesse am Schlachtflottenbau (Michael Epkenhans, Die wilhelminische Flottenrüstung, 1991). Bei erhöhtem Bautempo und Unfähigkeit zu durchgreifender Reichsfinanzreform verlor DR maritimen Rüstungswettlauf mit GB. Im 1WK spielte Schlachtflotte kaum eine Rolle. Ausnahmen: Skagerak-Schlacht (1916) und geplantes Selbstmordunternehmen im Herbst 1918, das direkt in Meuterei und Revolution führte.

Überdies immenser aussenpolit. Schaden: Entgegen allen Erwartungen brach GB seit 1902 aus "splendid isolation" aus. 1902 Bündnis mit Japan, 1904 entente cordiale mit F, 1907 Einigung über zentralasiatische Streitfragen mit R. All dies mit Flottenabmachungen verbunden. Folge: bis 1914 kann GB Gros der Schlachtflotte in Mutterland konzentrieren. Statt Verhältnis von 2:3 erreichte dte Marine höchstens 1:2 im Vergleich zu Royal Navy. Ausserdem plante Admiralty im Kriegsfall eine weite Blockade an Ausgängen der Nordsee, um den Aussenhandel zu strangulieren. Kaiserliche Marine erhielt dadurch nicht die Chance, brit. Angriff in eigenen Küstengewässern abzuwehren. Nur Offensivoperation auf hoher See möglich, um Blockade zu durchbrechen. Doch dies bei Überlegenheit der Royal Navy und der beschränkten Reichweite der deutschen Grosskampfschiffe aussichtslos. RMA begriff seit 1907 allmählich neue Lage, die Tirpitzplan die Grundlage entzieht. Deshalb begann kurz vor 1WK - viel zu spät und in viel zu geringem Umfang - Bauprogramm für U-Boote.

Andererseits, auch um eigene Stellung im Machtgefüge des KR zu retten, hielt Tirpitz verzweifelt am Schlachtflottenbau fest. Deshalb hintrieb er vehement jede Annäherung an GB. An seinem Widerstand scheiterte auch im Sommer 1912 Mission des brit. KM Haldane, der Flottenabkommen zur Rüstungsbegrenzung anstrebte. WII unterstützte Tirpitz, um seinen Traum von der Flotte aufrechtzuerhalten.

Typisch für Schlingerkurs der RL: Während GB durch Scheitern der Haldane-Mission erneut vor den Kopf gestossen wurde, wurde der Tirpitz-Plan endgültig zu Grabe getragen. Verschärfte internationale Lage (1. Balkankrieg), Druck der bürgerl. Rechten, Kampf des RK Bethmann Hollweg gegen Tirpitz führten zur Aufwertung der Armee. Schwäche der Reichsfinanzen erzwang zudem neue Grundsatzentscheidung.

Dez. 1912: Armee erhält wieder Priorität vor Flotte. Resultat: HV-13. Diese brachte aber keine volle Durchführung der allg. Wehrpflicht. Gesamtergebnis: 1914 bei Kriegsausbruch verfügte DR über überflüssige Schlachtflotte und eine nicht voll ausgebaute Armee. Ausserdem stand GB von Anfang an im Lager der Feinde. - So lag Deutschlands Zukunft nicht auf dem Wasser, sondern im Wasser.

2. Innenpolitik 1897-1912

Eckart Kehr (Schlachtflottenbau und Innenpolitik, 1930), Volker Berghahn (Der Tirpitzplan, 1971) und andere mehr haben Tirpitzplan auch aus

innenpolit. Sicht interpretiert. Demnach war der Schlachtflottenbau mehr als nur ein maritimes Rüstungsprogramm mit aussenpolit. Komponente. Ein Hauptziel war vielmehr Sammlung aller bürgerlichen Parteien und sonstiger "Patrioten" um die Krone im Kampf gegen Sozis und andere "Reichsfeinde". Flottenbau sollte einen symbolträchtigen Katalysator für die Sammlungspolitik bilden. Flottenbau und Flottenpropaganda waren somit recht erfolgreiche Instrumente einer innenpolit. Manipulation von oben.

"Militärimmanent" denkende Historiker wie Michael Salewski (Kiel) haben dem vehement widersprochen. Flotte sei allein aus strategischen Überlegungen gebaut worden. Alle innenpolit. Manipulationsversuche hätten allein dem Ziel gegolten, Flottenbau gegen zögerlichen RT durchzudrücken.

Seit Ende der 70er Jahre vertrat brit. Historiker Geoff Eley eine dritte Linie: Demnach gab es zwar innenpolit. Manipulationsversuche, doch die waren weniger wichtig und nicht sehr erfolgreich. Entscheidend war vielmehr Selbstmobilisation von unten. Bürgerl. Parteien (v.a. NLP) und rechtsradikale Agitationsvereine hätten RL überhaupt erst auf kolonialen Expansionskurs und Flottenbau gezwungen. Die anfängliche Begeisterung über Tirpitz' Pläne sei schnell allgemeiner Ernüchterung gewichen. Nach 1900 sei RL zunehmend unter Druck der neuen Rechten geraten, weil Kolonialpolitik nicht vorankam und Flottenrüstung keine Ergebnisse brachte.

Diese Debatte mündete in "Sonderwegsstreit" der 80er Jahre:

Wurde das KR durch innere Widersprüche im Gefolge der 2. industriellen Revolution einer Zerreisprobe ausgesetzt, die konservative, vorindustrielle Eliten lange Zeit durch erfolgreiche Manipulationspolitik unter Kontrolle behielten? Wurde dadurch aber ein Problemstau geschaffen, der am Schluß gewissermaßen explodierte? War aggressive, kriegstreibende Politik das Werk der manipulatorischen Eliten?

Andererseits: War Flottenpolitik nur Ausdruck einer "normalen" modernisierungsorientierten Großmachtpolitik im Zeichen fortschreitender Industrialisierung?

Oder kam der Druck von unten, von der neuen Rechten? Lag hierin die "Normalität" des KR begründet, denn derartige Vorgänge fanden ja auch in anderen Staaten, z.B. GB statt?

Historikerstreit um Tirpitzplan war somit ein Grundsatzstreit um Charakter des KR.

Dabei können natürlich rein militärimmanente Beweggründe nicht geleugnet werden. Die geostrategische und rüstungspolit. Lage in den 1890er Jahren legte den Ausbau der dten Flotte nahe. Industrielle Leistungskraft des KR

machte grosszügiges Programm möglich. Doch aberwitzige Entscheidung zum Bau einer Schlachtflotte unter Herausforderung GBs damit ebenso wenig erklärt, wie späteres irrationales Festhalten an einem offensichtlich gescheiterten Rüstungsplan.

Innenpolit. Interpretation deshalb unverzichtbar. Doch hier stellt sich tatsächlich die Frage nach Manipulation von oben bzw. Selbstmobilisation von unten.

Fakt ist, dass der Flottenbau mit dem bis dahin grössten Propagandaunternehmen der dten Geschichte verbunden war. Hier zeigten sich Ansätze zu erstaunlicher Modernität, die zum ersten Mal die Rolle der öffentlichen Meinung und der Massenpropaganda in Militärfragen anerkannte.

RMA richtete ein Nachrichtenbüro ein, das seit 1897 die öffentliche Meinung systematisch bearbeitete. Meldungen, Leitartikel usw. wurden in Zeitungen lanciert. Presseorgane und Druckschriften wurden extra zum Zwecke der Flottenpropaganda finanziert. Sogar in den Schulen fand Flottenpropaganda statt. Selbst die Kindermode stand unter dem Einfluss der Marine: Matrosenanzüge für Jungen. Oberster Propagandist war der Kaiser selbst, der oft in Admiralsuniform auftrat und herrliche Flotte propagierte. Er entwarf sogar eigenhändig Baupläne für Kriegsschiffe.

Eines der wichtigsten Propagandainstrumente war der Deutsche Flottenverein. 1913: 333.000 Einzelmitglieder und 790.000 korporative Mitglieder. Protektor: Prinz Heinrich v. Preußen (Bruder des Kaisers). Finanziert durch Spenden der Schwerindustrie, Mitgliedsbeiträge, öffentliche Sammlungen. Zeitweilig enge Zusammenarbeit mit RMA. DFV hielt fortwährend Versammlungen in fast allen Gemeinden ab, publizierte Bücher und Zeitschriften. Der DFV machte Propaganda für Flotte allgemein und für Flottenrüstung im besonderen.

DFV erschien Forschung lange als das Instrument der Manipulation von oben. Doch genaueres Hinsehen (Eley) ergibt anderes Bild. So entstand DFV durch Eigeninitiative des Flottenpropagandisten Victor Schweinburg. Zwar teilweise durch Schwerindustrie gefördert, ging Schweinburg doch durchaus eigene Wege und stand RL kritisch gegenüber. 1899 wurde Schweinburg deshalb durch eine Intrige gestürzt. DFV nun von Fürsten und Adligen geführt, unter Kontrolle des RMA. Doch Mitgliedschaft blieb bürgerlich bis kleinbürgerlich und war mit schleppendem Flottenbau nach 1900 zunehmend unzufrieden. Deshalb bis 1907 Radikalisierung, wachsende Kritik an RL und Tirpitz. Neue Führung unter rechtsradikalem Rüstungspropagandisten General August Keim. Dies führte 1908 zu schwerer Krise, Intrigen durch RMA und RL. Rücktritt und Austritt Keims. Über 16.000 Mitglieder verliessen DFV, der fortan ziemlich regierungsfreundlich wurde. Aber Dissidenten gingen zum radikaleren ADV, der RL massiv angriff (NO). Folge 1912: Gründung des DWV

unter August Keim (1914: 100.000 Mitglieder). Dieser Verein propagierte erfolgreich Umschwung in Rüstungspolitik zugunsten der Armee. Manipulation von oben erzeugte somit nur verstärkten Druck von rechts unten.

Dieses Ergebnis typisch für Janusköpfigkeit des KR: moderne Propagandamethoden für modernistischen Flottenbau, aber mit irrationalen Zielvorstellungen und zum Zwecke einer konservativen Systemstabilisierung standen im Wechselspiel mit Druck von unten und scheiterten somit an inneren Widersprüchen. All dies Indikatoren für inneren Wandel im KR: Massenpolitik mit modernen Zügen aber keineswegs unbedingt mit demokratischen Inhalten. Derartige Tendenzen gab es vor 1914 überall in Europa, insofern kein dter Sonderweg. Allerdings Widersprüchlichkeit dieser Vorgänge in Dtland vor dem Hintergrund rasanten wirtschaftl. und gesellschaftl. Wandels besonders stark.

Flottenpropaganda von oben und von unten hinterließ starken Eindruck auf RT-Parteien. Viele MdRs aus bürgerlichen Parteien Mitglieder im DFV. Bürgerliche Presse stand ganz unter Einfluss der Flottenpropaganda, auch wenn linkslib. Blätter Kritik übten. Redegewandter und konzilianter Tirpitz umgarnte Parteien, v.a. Zentrum. RMA fand somit durchweg Mehrheiten für Flottenvorlagen. Dies war umso erstaunlicher, als RT mit Zustimmung zu langfristigem Bauprogramm sein Budgetrecht einschränkte. Flottenvorlagen schufen Sachzwänge, die weitere Forderungen nach sich zogen. Dies lag ganz in der Absicht Tirpitz', der nach Vorbild der Armee wenn schon kein Äternat so doch lange Laufzeiten für Rüstungsgesetze anstrebte. Daß er damit Erfolg hatte, lag aber eben auch an Flottenmilit. von unten, der bürgerliche Parteien stark durchdrang und von ihnen sogar gefördert wurde. Auch hier also Wechselspiel zwischen Manipulation von oben und Selbstmobilisation von unten.

Im Detail Haltung der Parteien wie folgt:

- SPD: Blieb auch bei Marine konsequent antimilitaristisch und lehnte alle FVs ab. Allerdings mit wachsendem Unbehagen, da Arbeitsplätze der Werftarbeiter auf dem Spiel standen.
- NLP: Am stärksten für Flottenbau, da auch für Imp. und extrem nationalistisch. Viele MdRs im DFV und im ADV. Zudem Unterstützung für Schwerindustrie.
- Freikons: Ähnlich wie NLP, zumal in weiten Teilen schwerindustriell orientiert.

- Zentrum: Trug alle Flottenvorlagen mit. Hoffnung auf späte Anerkennung als staatstragende Partei, deshalb auch Überbetonung einer patriotischen Haltung. Aber auch regelrechter Schacher um Interessen des alten Katholizismus (Schulvorlagen), die durch Zustimmung zu FVs gefördert wurden. Mit Zustimmung zum Flottenbau wurde Zentrum regelrechte Regierungspartei. Ausnahme: 1907-09, als Zentrum nach Streit um Kolonialkrieg in DeutschSüdWest Afrika vorübergehend Oppositionsrolle übernahm.
- Linkslib: Anfänglich über Flottenbau zerstritten. Einige Gruppierungen lehnten erste FVs ab. Doch allmählich Anpassung, v.a. ab 1907 als Linksliberale Regierungspartei wurden. Nach Gründung der Fortschrittlichen Volkspartei (1910) Linkslib. weitgehend geschlossen hinter Flottenbau.
- Kons.: Anfänglich sehr kritisch gegenüber Flottenbau, da dies als einseitige Industrieförderung aufgefasst wurde. Ausserdem Ablehnung einer Vernachlässigung der Armee. Im antimodernistischen Kampf gegen Bau des Mittellandkanals wurde auch die "hässliche und gräßliche Flotte" verworfen. Dennoch, als "patriotische" Partei wagten es Kons. im Endeffekt nicht, FVs abzulehnen. Allerdings liessen sie sich im Gegenzug weitere Agrarzölle (1902) versprechen. Im Laufe der Zeit wurde Flottenbau mürrisch hingenommen. - Haltung der Kons zeigt besonders deutlich, dass Flottenbau eben stark im Bürgertum verankert war. Bei reiner Politik der Manipulation von oben hätten Kons Flottenbau enthusiastischer unterstützen müssen.

Sicherlich richtig ist, dass der Flottenbau mit einer innenpolit. Konzeption der RL verbunden war: Sammlung aller bürgerlichen und konservativen Parteien gegen Sozis - grosse Sammlung unter Einschluss des Zentrums. Dies war auch teilweise erfolgreich, wie breite Zustimmung zum Flottenbau zeigte. Auch Frontstellung gegen Sozis teilweise gelungen. Doch der 1904 gegründete Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der Sammlung vertiefen sollte, fand nur bei Kons, Freikons., Teilen der NLP und den Rechtsradikalen Unterstützung. Zentrum und Linkslib. dagegen. Ausserdem sogar NLP gegen konservative Forderungen nach gesetzgeberischen Unterdrückungsmassnahmen.

Die Reichweite der grossen Sammlungspolitik blieb insgesamt im wesentlichen auf Flottenbau beschränkt. Ansonsten bestanden erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteien:

- Heeresrüstung: Linkslib und Zentrum kritisch bis ablehnend. Zunehmender Streit zwischen NLP und Kons über allgemeine Wehrpflicht.
- Zollpolitik: NLP und Linkslib gegen überdehnte Agrarzölle.

- Verfassung: Kons gegen alle, wenn es um Rechte des Parlaments ging. Brutale Verteidigung des preuß. Dreiklassenwahlrechts.

- Steuerpolitik: Wichtigster Streitpunkt, da enorme Kosten für Flottenbau Reichsfinanzreform dringend notwendig machten. Kernpunkt: Einführung direkter Reichssteuern auf Besitz und Vermögen. Kons und Freikons lehnten dies ideologisch aufgeladen kategorisch ab. Zentrum unterstützte sie, wenn es ihm nützte. NLP und Linkslib. für direkte Reichssteuern, um Junker zahlen zu lassen und (NLP) Gelder für Rüstung einzustreichen. Ergebnis: Bis 1913 keine direkten Reichssteuern, dann nur halbherzige Reform. Reichsfinanzen mit immer grösseren Löchern, was massgeblich zur Niederlage in Rüstungswettläufen beitrug. Streit zwischen bürgerlichen Parteien wurde zum regelrechten Grabenkrieg (Witt, Kroboth).

Wechselnde Parteienbündnisse demonstrieren noch deutlicher weitgehendes Scheitern der Sammlung. Hierbei handelte es nicht etwa um feste Koalitionen, sondern um relativ lose Bündnisse zur Unterstützung der Regierung:

1897-1906: Kons., Freikons, NLP, Zentrum

1907-1909: "Bülow-Block", Alle Kons und alle Libs ohne Zentrum.

1909-1912: "Schwarz-Blauer-Block" - Kons und Z.

1912-14: Flukturierende Mehrheiten, Regierung ohne feste Basis im RT. Bethmann: „Politik der Diagonalen“.

Insgesamt verlor RL zunehmend festen Rückhalt im RT - Sammlung gescheitert.

Massgeblich trugen hierzu auch Wahlergebnisse bei:

Die Wahlen von 1898 brachten starke Verluste für die beiden kons. Parteien, Stagnation bei den Libs und leichte Zugewinne für das Zentrum. Sieger war die SPD (44 auf 56).

1903 blieb dieser Trend konstant. Nur SPD stieg noch weiter (56 auf 82). - Im bürgerlichen und kons. Lager, sowie bei RL machte sich allmählich Panik über unaufhaltsamen Anstieg der SPD breit.

1907 führte Bülow deshalb extrem chauvinistischen Wahlkampf (Hottentottenwahlen). Ergebnis scheinbar befriedigend: Sozis um fast die Hälfte der Mandate reduziert, deutliche Zugewinne für Kons und NLP. Zwar gewann auch Zentrum dazu, doch Mehrheit reichte für Bülowblock. Allerdings

hatte SPD trotz Verlusten an Mandaten absolut mehr Wählerstimmen gewonnen. Warnung für die Zukunft.

1909 zerbrach der Bülowblock und schwarz-blauer Block betrieb Steuerpolitik für die Reichen: Konsumsteuern statt direkte Steuern. Quittung kam bei Wahlen 1912: Schwere Verluste für Kons, deutliche Verluste für Zentrum, auch Verluste für Libs. Triumph für SPD (43 auf 110). Sozis mit Abstand stärkste Fraktion des RT. Gegen sie lief fortan nur noch wenig. Konservative Geister innerhalb und ausserhalb Regierung sahen Untergang des Abendlandes gekommen. KR kaum noch regierbar. Sammlungspolitik endgültig gescheitert.

Rechtsradikale Agitationsverbände (v.a. ADV), isolierte Kons. und wirtschaftl Interessenverbände (BdL) gründeten daher 1913 "Kartell der schaffenden Stände" (Kartell der raffenden Hände) als Notgemeinschaft der Rechten. Hier zeichneten sich bereits Bündniskonstellationen der späten 20er (Harzburger Front) ab, die 1933 Hitler an die Macht brachten. Doch vor 1914 Minderheitenposition, da Massenorganisation wie NSDAP fehlte, und zudem immer wieder Streit zwischen alten Kons und neuer Rechten (NO, Nationale Diktatur).

In jedem Falle schwere innenpolit. Krise. Historiker wie Fritz Fischer haben diese Krise mitverantwortlich für Kriegsverursachung 1914 gemacht: Flucht nach vorn. Daran ist viel Wahres, doch Innenpolitik allein erklärt Weg in den Krieg nicht. Aussenpolit. Entwicklungen waren mindestens ebenso wichtig.